

05.03.2009/PR05b

An der 856. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 6. März 2009, nehmen Bürgermeister Ole von Beust und Senator Christoph Ahlhaus teil.

Die Tagesordnung des Bundesrates umfasst 69 Punkte.

Straßenmarkierungen gegen den Schilderwald

Der Bundesrat wird voraussichtlich einstimmig die Hamburger Bundesratsinitiative beschließen, mit klaren, eindeutigen Straßenmarkierungen den Schilderwald zu lichten. Hamburg plant, im Rahmen eines deutschlandweit ersten Modellversuchs eine Vielzahl von Halte- und Parkverbotschildern durch gelbe Straßenmarkierungen am Fahrbahnrand zu ersetzen. Das zuständige Bundesverkehrsministerium wird beauftragt, eine Verordnung zu erlassen, damit der bis Ende 2013 geplante Hamburger Modellversuch schnellstmöglich starten kann.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Hamburg setzt sein Engagement für mehr Verkehrssicherheit und ein attraktiveres Stadtbild durch weniger Verkehrsschilder unvermindert fort. Die Hamburger Erfolge können sich sehen lassen und haben Vorbildcharakter für ganz Deutschland. Da setzen wir auch mit unserem Pilotprojekt an. Durch die gelben Fahrbahnmarkierungen entfallen viele Schilder, die für den Verkehrsfluss keine Bedeutung haben. Der Straßenverkehr wird deutlich übersichtlicher und damit sicherer.“

Hamburg unterstützt intelligente Verkehrssysteme

Der Bundesrat berät auch über einen Richtlinienvorschlag der EU, der den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien im Straßenverkehr fördert. Diese so genannten intelligenten Verkehrssysteme sollen Verkehrsfluss, Sicherheit und Umweltfreundlichkeit steigern. Auch die Schnittstellen zu anderen Verkehrsmitteln, wie Eisenbahn und Schiff, werden dadurch verbessert. Der Richtlinienvorschlag schafft die Voraussetzungen dafür, die intelligenten Verkehrssysteme in den EU-Staaten besser aufeinander abzustimmen und weiterzuentwickeln.

Hamburg unterstützt dieses Vorhaben. Intelligente Verkehrssysteme helfen dabei, unsere Verkehrsinfrastruktur noch effizienter zu nutzen. Als Hafenstadt lebt Hamburg nicht zuletzt von internationalen Verkehren, die weiter zunehmen werden. Dafür ist ein europäischer Rechtsrahmen sinnvoll.

Hamburg setzt sich für den Kinderschutz ein

Dem Bundesrat liegt der Entwurf eines Kinderschutzgesetzes zur Beratung vor. Nach den in den vergangenen Jahren bekannt gewordenen schweren Fällen von Kindesmisshandlungen und

-vernachlässigungen haben Bund, Länder und Kommunen auf Bundes- und Landesebene große Anstrengungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unternommen.

Die weitere Verbesserung des Kinderschutzes ist ein großes Anliegen Hamburgs. Durch die unter Einhaltung von Datenschutzgesichtspunkten geschaffenen Möglichkeiten zum Informationsaustausch wird die Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gefördert. Eine mögliche Kindeswohlgefährdung kann frühzeitig erkannt und entsprechend interveniert werden.

Für Rückfragen:

**Sabine Spitzer,
Koordinierung Bundesrat,
Presse**

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund
Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>